



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus Wien.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

freien Ausdruck zu geben, unsere Zwecke durch freie Vereine zu fördern, unsere Interessen im Staatsleben durch freigewählte Vertreter zu wahren — in diesem Zustand der Knechtschaft hatten wir keine andere Aussicht, als einen offenen Kampf gegen unsere Unterdrücker. Seitdem aber alle diese unermesslichen Rechte errungen sind, ist es weiter nichts, als das fieberhafte Zucken der Unruhe, das uns zu einem gewaltsamen Weiterstreiten in's Blaue hinaus treiben möchte. Wenn wir mit diesen Mitteln ausgestattet, nicht auf friedlichem, gesellichem Wege die Freiheit erreichen, so sind wir der Freiheit nicht werth. Wenn in dem Fortschreiten der Autonomie der Gemeinden, in der Unabhängigkeit des Rechtswesens, in der Wechselwirkung der Administration und der ständischen Vertretung sich die höchste Spitze des Staats — das Königthum — als unwe- sentlich herausstellen sollte, so wird sie im Laufe der Zeit von selber fallen; in diesem Augenblick hat die republikanische Bewegung aber keinen andern Sinn, als die eben errungene geselliche Freiheit von Neuem in Frage zu stellen. Wenn man den Deutschen, bald lobend, bald höhniſch, Geduld als Nationalcharakter vindicirt hat, so wird man doch nicht in Abrede stellen, daß sich in vielen Erscheinungen des jetzigen deutschen Idealismus eine wahrhaft krampfhaftige Ungeduld kundgibt. Das freieste Volk der Welt — die Engländer, wozu ich die Amerikaner rechne — hat sein Staatswesen nicht durch fliegende Hitze, sondern durch ausdauernde Arbeit zu Stande gebracht. Zur Ausdauer aber gehört Geduld.

Von dem neumodischen Cosmopolitismus, der zuerst alle übrigen Völker — Polen, Russen, was weiß ich — frei machen will, ehe er diese Freiheit auch dem deutschen Volk erobern möchte, rede ich gar nicht. Im Fall die jetzt herrschende Partei in Frankreich gestürzt, oder im Interesse der eigenen Sicherheit in einen Krieg gegen Deutschland zu Gunsten Polen's verwickelt werden sollte, wird es an der Zeit sein, diese Nuance des Radicalismus mit andern Waffen zu bekämpfen, als denen der theoretischen Discussion. Zur Ehre der republikanischen Idee, die wir auch in ihrer Entstellung wieder erkennen möchten, hoffen wir, daß die großen politischen und socialen Probleme, welche die neue Revolution, wenn auch zunächst nur als Probleme, proclamirt hat, nicht wieder bloß dazu dienen werden, die ehrgeizigen Gelüste einer kriegerischen Nation zu beschönigen, die so viel wenigstens im Lauf ihrer Geschichte hätte gelernt haben sollen, daß Kriegsrühm und Eroberung auch die Freiheiten des siegreichen Volks zu Boden schlägt. Sollte diese Hoffnung in Erfüllung gehen, so werden die deutschen Fransquillons, die deutschen Republikaner, und die teutonischen Einheitsphantasten vollen Spielraum zur Entwicklung, Läuterung und näheren Bestimmung ihrer Ideen haben; sollte aber der Krieg ausbrechen, und im Schooße Deutschlands eine nicht bloß theoretische rheinbunds=cosmopolitische Partei sich erheben, dann wird sie die bittere Erfahrung machen, daß auch im revolutionären Staat das Verbrechen des Hochverraths seine Strafe findet.

J. S.

Aus Wien.

1.

Das provisorische Wahlgesetz. — Die Zusammensetzung der ersten Kammer. — Protest des Centralcomités dagegen. — Wahlen für den Gemeindevorstand. — Zwanzig = Gulden = Censur. — Schritte des Ministeriums gegen Centralcomité und Nationalgarde. — Drohende Volksaufregung in Folge davon. — Ein zwei Stunden langer Unterrichtsminister.

Am 9. Mai ist das provisorische Wahlgesetz erschienen. Die Zusammensetzung der zweiten Kammer ist sehr freisinnig, ohne Censur, ohne Unterschied der Confessionen,

jedoch mit Ausschließung der Arbeiter gegen Tag- und Wochenlohn, der Dienstleute, und der von öffentlichen Wohlthätigkeitsanstalten lebenden Individuen. Die Wahl ist eine mittelbare, auf je 250 Einwohner kommt ein Wahlmann. Es wäre somit an diesen Bestimmungen nur die Ausschließung der Arbeiter als eine ungerechte Entfernung dieser Classe von der Theilnahme an dem wichtigsten Acte des constitutionellen Staatsbürgers, an dem wichtigsten Rechte desselben zu tadeln und zugleich als unpolitisch, indem man sie dadurch als außer dem Gesetze stehend (?) zwingt, auch außer demselben ihr Recht zu suchen, und als Staat im Staate zur Gewalt zu greifen. Wähler kann jeder vom 24. Jahre an sein, vom Abgeordneten wird das 30. Lebensjahr gefordert.

Höchst ungenügend ist aber die Wahl der Mitglieder für den Senat. Der Kaiser wählt mit Inbegriff der kaiserlichen Prinzen 50 Mitglieder. Die übrigen 150 werden auf folgende Weise gewählt: Der Landeschef ermittelt aus den Grund- und Steuerbüchern die Höchstbesteuerten jeder Provinz, und zwar sind für jeden von der Provinz zu wählenden Senator 20 Höchstbesteuerte zu ermitteln; diese treten zusammen und wählen die Senatoren aus ihrer Mitte. Moralische Personen (wodurch also Klöster inbegriffen sind) schicken einen Repräsentanten. Als Grundbesitz gilt auch Häuserbesitz. Die Senatoren müssen ebenfalls das 30. Lebensjahr erreicht haben. Die Mitglieder des Senats genießen keine Entschädigung, die Abgeordneten erhalten Reiseflohen und Diäten. Am 26. wird der Reichstag eröffnet. — Man sieht, daß diese Kammer, wie ich früher schon auseinandergesetzt habe, eine vollkommene Adels- und Geistlichkeitskammer ist, da diese beiden Stände den Grundbesitz in Oestreich fast allein in Händen haben, im besten Falle aber die Geldaristokratie zu vertreten berufen sein wird. Daraus aber wird sich ein Kampf zwischen der ersten und zweiten Kammer ergeben, — ein Kampf, wie vielleicht nicht die Geschichte seines Gleichen kennt, da es sich hier nicht blos darum handeln wird, daß Stände gegen Stände kämpfen, Aristokratie gegen Demokratie, die Lords gegen die Gemeinen, sondern es wird ein Kampf der Intelligenz gegen den Besitz, ein Kampf aller, die durch Geist, Wissen, Erfahrung das Vertrauen des Volkes haben, gegen die, welche für ihren ausgebreiteten Länderbesitz, ihren reich gefüllten Säckel auch besondere Rechte in Anspruch nehmen und dem Volke als solchem entgegenzutreten gesonnen sind, nicht aus Adelsstolz allein, sondern weil sie sich im Besitze fühlen. Denkt man sich noch die bunte Ineinanderwürfelung des slavischen Elementes unter das deutsche hinzu, — und es graut uns vor dem nächsten Reichstage, auf den jedes Auge sehnsüchtig hinblickt. Dieser Reichstag soll der Anarchie ein Ende machen, soll dem Gesetze wieder zur Geltung verhelfen, soll die constitutionelle Freiheit begründen!

Das politische Central-Comité der Wiener Nationalgarde und der Studenten legte sogleich Protest gegen die Zusammensetzung der ersten Kammer ein, und formulirte seine Wünsche in folgenden Punkten: 1) „soll der nächste Reichstag ein constituirender sein.“ Die Verfassung als eine octroyirte darf nicht als solche schon geltend und bindend sein, sondern erst der Gesamtwille des Volkes kann sich durch diese Constitution gebunden erachten. 2) Die Wahl der ersten Kammer soll durch das Volk geschehen; die Ermittlung der 20 Höchstbesteuerten für jeden Senator hat zwar in der oben angeführten Weise zu geschehen, allein die Wahl aus diesen soll nicht von den Höchstbesteuerten selbst, sondern durch das Volk geschehen. 3) Der Kaiser möge für diesmal, eben da es ein constituirender Reichstag sein soll, sich der Wahl von Mitgliedern gänzlich enthalten. — Ein Antrag, der die Arbeiter ebenso zur Wahl berufen wollte, erlangte nicht die nöthige Majorität. jene Petition nun sollte dem Minister des Innern übergeben

werden, nachdem sie von den einzelnen Compagnien unterzeichnet worden war. In den nächsten Tagen sollen die Wahlen für den Wiener Gemeindeauschuß stattfinden. Es soll derselbe aus 100 Mitgliedern bestehen und demselben ist die Reorganisation des Municipalwesens, die Ausübung des Petitionsrechtes der Stadtgemeinde als solcher, die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der Hauptstadt, und die Verwaltung der Gemeindeangelegenheiten, insbesondere des Gemeindevermögens anvertraut; für die Wähler in denselben ist aber ein Censur von 20 Gulden festgesetzt. Daher und aus Mangel an politischer Erfahrung rührt es vielleicht, daß die Theilnahme an den Wahlen bisher eine sehr geringe ist, und es steht zu fürchten, daß es einzelnen Coteries gelingen wird, dem conservativen Elemente im Gemeindeauschuß die Vorhand zu verschaffen. Um das zu verhindern, wollte das politische Centralcomité allen seinen Einfluß aufbieten — als es durch ein Rescript des Ministeriums des Innern als illegal bezeichnet wurde, und den Compagnien in Folge davon durch einen Tagesbefehl des Nationalgardecommandanten Hoyos die Weisung zukam, ihre Vollmachten den in dasselbe geschickten Deputirten wieder abzunehmen.

Man mag von einer Nationalgarde was immer für Ansichten haben, man mag sie für ein rein militärisches Institut ansehen, das keinen politischen Einfluß zu üben hat, man mag von Forderungen, die an der Spitze von 20,000 Bayonetten eingebracht werden, noch so viel declamiren; — so ist es doch nicht wegzuläugnen, daß dieser Schritt in diesem Augenblicke ein höchst unpolitischer war. Unseres Erachtens ist die Nationalgarde ein politisches Institut, nicht bloß ein Haufen Soldaten oder eine Polizeiwache; sie muß sich selbst anschaulich machen, was sie will, wofür sie kämpft. Aber abgesehen davon, hat dieses Comité bis jetzt seine Wünsche und Beschwerden immer nur als solche vorgebracht, hat nie auf die Gewalt seiner Bayonette gepocht; es hat den verschiedenen politischen Färbungen, die so leicht zu Zwiespalt zwischen Universität und Nationalgarde, und in dieser selbst führen können, einen Ausdruck verschafft, und indem die Minorität sich willig der Majorität fügte, jeden Zwiespalt hintangehalten; bis jetzt hat es sich nie zum gesetzgebenden Körper, immer nur zum bittenden gemacht. Es hat die wesentlichsten Dienste geleistet, bisher die Ruhe zu wahren, und die Extreme zu vermitteln. Die Nationalgarde wird sich diesem Befehle nicht so willig fügen; sollte das aber der Fall sein, so werden die unheilvollsten Folgen aus diesem Schritte sich ergeben.

Die Aufregung hat in Folge davon gestern und heute den höchsten Grad erreicht. Gestern Nacht und heute zu verschiedenen Malen wurde Allarm geschlagen, das Militär campirte die Nacht über auf dem Glacis, und Kanonen sind an verschiedenen Orten aufgeföhren worden. — Diese militärischen Maßregeln sind ein noch unbesonnenerer Schritt als die Auflösung des Central-Comités gewesen, da gar kein Grund dazu vorhanden war; das Comité selbst wird nur zu gesetzlichen Mitteln greifen und nicht an die Gewalt appelliren, von dieser Seite also war nichts zu fürchten. Andererseits aber ist durch diese Entfaltungen der militärischen Gewalt erst eine Aufregung herbeigeföhrt worden, die nicht so leicht zu dämpfen sein dürfte. Heute spricht man schon von einem bewaffneten Zuzug der Studenten gegen die Burg, um gegen jenen willkürlichen Schritt des Ministeriums einzuschreiten. Noch gestern war davon keine Rede. Die Menge stand in den Straßen in Haufen beisammen und frug, warum Allarm geschlagen, warum Militärmassen entwickelt werden. Niemand wußte die Ursachen anzugeben. Heute erst ist in Folge davon die große Masse auf diese Gewaltstreiche aufmerksam gemacht worden, und jetzt ist allerdings Grund zu Befürchtungen vorhanden. — Vorige Woche war Palach,

der Ultra-Gezehe zwei Stunden lang Unterrichtsminister. Ein Ultra-Slave im Ministerium als Director des deutschen Unterrichtswesens!

Den 15. Mai.

5

2.

Die zweite Revolution. — Die Regierung nimmt ihre unbeliebten Mafregeln zurück. — Das Ministerium dankt in Masse ab.

Der zweite Akt des großen Revolutionsdramas, das wir seit acht Wochen spielen, wurde gestern in würdiger, imposanter und unblutiger Weise vollendet. Abermals waren die Studenten die Hauptacteurs, der geistige Mittelpunkt, um welchen sich die übrigen Theile der Bevölkerung scharrten. Um 12 Uhr Vormittags wurde, wie dies in den letzten Tagen so oft geschah, die Nationalgarde durch die Trommel zusammengerufen. Den Grund kannte Niemand der Gerufenen. Die einen sagten, es gelte den Arbeitern, die in Massen ihren Besuch und Dank der Universität abtatten wollten, andere meinten, es gelte den Studenten, die die Zurücknahme des Tags zuvor erschienenen Tagesbefehls wegen Auflösung des politischen Centralcomités mit den Waffen erzwingen wollten. Die Obern selbst, die den Befehl zum Ausrücken gegeben hatten, waren sich keines klaren Grundes bewußt. Die widersprechenden Gerüchte, die die Stadt durchzogen, hatten sie alarmirt; ich hörte selbst vom Minister Pillersdorf um 11 Uhr Vormittags, es sei ihm berichtet worden, Studenten würden ihn gefangen nehmen und in Anlagestand versetzen. Die akademische Legion, die keinen Befehl zum Ausrücken bekommen hatte, that es auch ohne diesen, und da sie bereits den Vormittag über in der Aula versammelt war, um eine Petition wegen Rücknahme des Tagesbefehls zu berathen, hatte sie blos die Waffen zu holen. In der nächsten Stunde waren ungefähr 6000 Studirende vor und in der Universität versammelt. In den Sälen der Aula und in mehreren naheliegenden Localitäten wurden Kugeln gegossen, Patronen angefertigt, Schaufeln und Hacken fingen an einzeln sich zu zeigen, endlich in größerer Menge, und ganz allmählig begann man an den Straßenecken und an den einmündenden Gassen einzelne Steine loszulösen. Während dieser Zeit ging die erste Petition der Studenten an den Ministerrath; diese verlangte 1) Bestätigung des Centralcomités als politischer Körper, 2) Thor- und Burgwachen sollten nur von Studenten und Nationalgarde bezogen werden und 3) das Militär dürfe nur auf Verlangen der Nationalgarde ausrücken. Es war nämlich Abends zuvor ebenfalls ohne erheblichen Grund eine nicht unbedeutende Militärmacht auf dem Glacis und einige Kanonen auf den Bastionen für die Nacht aufgestellt worden. Während man von 4 bis 5 die Rückkunft dieser Deputation erwartete, zogen viele Bürger- und Nationalgardencorps an der Universität vorüber, um ihre Sympathien, ihren Beistand bis in den Tod den Studenten zu manifestiren. Die meisten Corps kamen ohne ihre höheren Offiziere, da diese sie in den entfernten Vorstädten oder auf ihren Sammelplätzen zurückzuhalten beabsichtigt hatten. Der Jubel, mit dem jede einzelne Abtheilung empfangen wurde, war unbeschreiblich. Die Arbeiter, die vor den Stadthoren in großen Massen versammelt waren und zu denen das Gerücht gelangt war, die Studenten seien in Gefahr, waren kaum zurückzuhalten. Dem Commandanten der med. Legion Dr. Fischhof und dem Grafen Montecuculi, die zu ihnen in die Brigittenau gekommen waren, gelang es nur mit Mühe, sie zu beruhigen. Wiederholt boten sie den Studenten ihre Mithilfe und schwuren, daß der leiseste Angriff gegen die Studenten das Signal für sie sein würde, trotz der

am Burgthore aufgestellten Kanonen in die Stadt zu dringen. So standen die Sachen um 5 Uhr Abends. Jeder fühlte, daß ein großer Moment nahe sein, daß die Garantien für die Volksfreiheit jetzt errungen werden mußten. Das „Wie“ war noch wenigen klar, bis ein Studirender vom Balkon der Universität mit beredten Worten das Lösungswort für den Abend, „ein constituirender Reichstag,“ in die Menge warf. Sogleich wurde eine Deputation mit dieser Petition in den Ministerrath geschickt. Die Nacht war unterdessen hereingebrochen, und ohne Befehl, dem Instincte folgend, rückten wir Alle von der Universität gegen die Burg und die daran stoßenden Gassen. Die Stadt erhielt mit einem Schlage die stereotyp gewordene Revolutionsillumination. Mehrere Stunden vergingen, während welcher alle die gemessenste, würdigste Haltung behielten. So sehr aus jedem Auge die Todesverachtung leuchtete, wollte man doch in Ruhe die Deputation abwarten; endlich kam sie und brachte die Bewilligung der ersten Petition. Dies genügte nicht, „constituirender Reichstag,“ „heute noch“ waren die tausendstimmigen Rufe. Nun folgte Deputation auf Deputation, gegen 11 Uhr kam die Gewährung Pillersdorf's, aber sie war in unbestimmten Ausdrücken abgefaßt, und das Volk, durch wiederholte Täuschungen mißtrauisch geworden, wollte sich nicht beruhigen. Vorzüglich war die Besorgniß, es dürften zwei Kammern zusammentreten, allgemein, und der Ruf: „eine Kammer, kein Wahlcensus“ erscholl nun von den improvisirten Tribunen (den Piedestals der Candelabres) und fand ein tausendstimmiges Echo. Abermals gingen Deputationen zu Pillersdorf und zwar jetzt in seine Wohnung (da der Ministerrath sich bereits aufgelöst hatte). Im Kreise seiner Familie empfing er die Deputation, und da sie ihm die Besorgnisse des Volkes vorstellten, ging er sogleich darauf ein, dieses durch bestimmtere Ausdrücke zu beruhigen; er dictirte die Kundmachung mehreren in die Feder. Gegen 12 Uhr wurden mehrere Exemplare von reitenden Studenten in den Straßen verlesen und mit unendlichem Jubel empfangen. Der größte Theil der versammelten Menge zog hierauf ab, nur ein kleiner Theil blieb zurück, da sie nur der gedruckten Kundmachung glauben wollte; diese erschien um zwei Uhr. — Heute ist die Stadt wieder so ruhig, als ob gar nichts vorgefallen wäre. Was wird die Aristokratie dazu sagen? Das Ministerium will in corpore seine Entlassung einreichen, welche jedoch, so lange kein anderes vom Publikum designirt ist, nicht angenommen werden dürfte.

Sie sehen, wie wir Revolution machen müssen, um unsere Tendenzen durchzuführen. Wir können im Augenblick kein anderes Ministerium bilden. Wir haben keine Männer. Das nächste Mal mehr über die ganze politische Lage.

B. S.

Aus Prag.

Fortschritt in die Vergangenheit. — Pillersdorf und Palady. — Truppen ziehen sich bei Nürnberg zusammen. — Blutige Ausfichten.

Es ist traurig, zu betrachten, wie der Same der Freiheit im Boden unseres unglücklichen Böhmens verwildert und statt des Segens, den man in den ersten Tagen der Constitutionsertheilung hoffte, nur Willkürherrschaft, Verfolgung, hundertfache Bedrückung zur Folge hat. Indes im katholischen Rom der Jude befreit wird, steigt in Prag das Gespenst mittelalterlicher Judenverfolgungen empor, indes in Deutschland der geistigere Kampf politischer Parteiung ausgefochten wird, vertieft sich in Böhmen